



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
Sitzung des Bauausschusses
am Montag, 01.09.2014

Ort: Foyer der Bauverwaltung, Mühlendamm 12, Lübeck
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Christopher Lötsch- CDU

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Dirk Freitag- CDU
Carl-Wilhelm Howe- Bü90/DIEGRÜNEN
Antje Jansen- DIE LINKE
Kerstin Metzner- SPD
Ulrich Pluschkell- SPD
Harald Quirder- SPD

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Oliver Prieur- CDU	Vertretung für: Herrn Dr. Eymer, Burkhart
Dr. Ulrich Brock- CDU	
Ute Friedrichsen- SPD	
Birgit Geweke- Bü90/DIEGRÜNEN	Vertretung für: Herrn Wolfgramm, Herbert
Nico Goldschmidt- FDP	
Günter Kämer- CDU	Vertretung für: Frau Kaske, Roswitha
Dieter Rosenbohm- BfL	
Detlev Stolzenberg- Die PARTEI-PIRATEN	

Verwaltung

Franz-Peter Boden- Bausenator	Entschuldigt abwesend
Dennis Bunk- GMHL	

Karsten Schröder- Stadtplanung	
Marc Langentepe- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	
Christine Koretzky- Bereich Stadtplanung (5.610.3)	Nur öT
Helmut Schünemann- Bereich Stadtplanung (610.4)	Nur öT
Christian Stolte- Bereich Stadtplanung (610.1)	Bis TOP 3.3
Ulrike Harnack- 2.500.2	Nur bis TOP 3.3
Oliver Bähr- Feuerwehr (3.370)	Bis TOP 3.5
Stefan Petersen- Feuerwehr (3.370)	Nur bis TOP 3.5

Protokollführung

Thomas Kaacksteen-

Gäste

Becker- Büro bbn Kiel	Nur bis TOP 3.5
Bergfeld- Büro bbn Kiel	Nur bis TOP 3.5
Michael Rostkowski-	Nur öT
Josephine von Zastrow- LN	Nur öT

Sonstige Personen

Erika Bade- Behindertenbeauftragte	Nur öT
Gerd Maertens- Seniorenbeirat	Nur öT
Klaus-Dieter Zander- Seniorenbeirat	Nur öT

Entschuldigte Mitglieder

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Dr. Burkhard Eymer- CDU	Entschuldigt abwesend
Roswitha Kaske- CDU	Entschuldigt abwesend
Herbert Wolfgramm- Bü90/DIEGRÜNEN	Entschuldigt abwesend

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Allgemeiner Teil
 - 1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.2. Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
 - 1.3. Niederschriften, öffentlich vom 07.07.2014
2. Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
3. Sonstige Beschlussvorlagen
 - 3.1. Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013
Vorlage: VO/2014/01795
 - 3.2. Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2012
Vorlage: VO/2014/01796
 - 3.3. Zukunftsorientierte Stadtentwicklung: "Lübeck 2030"
Vorlage: VO/2014/01797
 - 3.4. Parallelbeauftragung von vier Architekturbüros für die Gestaltung und Einbindung eines Parkhauses im Rahmen der Neuordnung des Burgfeldes
Vorlage: VO/2014/01613
 - 3.5. Neubau Feuerwache 3 – Aufhebung eines haushaltsrechtlichen Sperrvermerkes
Vorlage: VO/2014/01785
4. Mitteilungen und Berichte
 - 4.1. Mitteilungen des Vorsitzenden
 - 4.2. Sonstige Mitteilungen und Berichte
 - 4.2.1. Jahresbericht 2013 über die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2014/01748
 - 4.2.2. Neuregelung Bewohnerparkbereiche Altstadt
Vorlage: VO/2014/01514
 - 4.2.3. Information bezüglich des Gestaltungsbeirates (5.610)

- 4.2.4. Bericht 5.651: (Teil-) Sperrungen Kita Kerckringstraße und Schule Falkenfeld
- 4.2.5. Mündlicher Bericht 5.610: Gustav-Radbruch-Platz (i.V.m. TOP 3.4)
- 4.2.6. Bericht 5.610: Parken in Travemünde
- 4.2.7. Sachstand Hafenschuppen auf der nördlichen Wallhalbinsel.
- 4.2.8. Mündlicher Bericht (5.610):
Förderprogramm Nationale Projekte des Städtebaus / Umgestaltung Untertrave
- 4.3. Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen
- 4.4. Eilentscheidungen des Bürgermeisters
- 5. Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes
 - 5.1. Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
 - 5.2. Neue Anfragen
 - 5.3. Anträge
 - 5.3.1. Umbau der Clemensstraße in eine Fußgängerzone
Vorlage: VO/2014/01690
 - 5.3.2. Essbare Stadt
Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der Fraktion Die Partei-Piraten - Sitzung
der Bürgerschaft vom 26. Juni 2014 (VO/2014/01455)
Vorlage: VO/2014/01850
- 13. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Allgemeiner Teil

TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest und nimmt die Verpflichtung zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten gemäß § 46 Abs. 6 GO (Gemeindeordnung) vor und führt folgenden Mitgliedervertreter in **ihr** Amt ein:

Frau Birgit Geweke

Ferner weist der Vorsitzende darauf hin, dass seitens der Protokollführung Tonaufzeichnungen vorgenommen werden.

TOP 1.2 Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Die Verwaltung bittet außerdem um Aufnahme des folgenden TOP:

Öffentlicher Teil:

- 4.2.8 Förderprogramm Nationale Projekte des Städtebaus /
Umgestaltung Untertrave (5.610)
(Z.K.) – Zur Kenntnisnahme

Die Verwaltung bittet außerdem um Absetzung folgender TOP, da hier noch interner Beratungsbedarf besteht:

Öffentlicher Teil:

- 3.4 Parallelbeauftragung von vier Architektenbüros für die **VO/2014/01613**
Gestaltung und Einbindung eines Parkhauses im
Rahmen der Neuordnung des Burgfeldes
(V) – Zur Vorberatung
- 4.2.5 Bericht:
Gustav-Radbruch-Platz (5.610)
(Z.K.) – Zur Kenntnisnahme
- 4.2.6 Bericht:
Parken in Travemünde (5.610)
(Z.K.) – Zur Kenntnisnahme

Herr Quirder stellt den Antrag die Tagesordnungspunkte 3.1, 3.2 und 3.3 zu vertagen, da die

SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf habe.

Herr Lötsch schlägt vor, die genannten Vorlagen zusammen zu beraten, hierzu Fragen zu stellen und dann zu vertagen.

Herr Freitag bittet hierbei um eine zeitliche Begrenzung der Diskussion.

Der Bauausschuss stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren bezüglich der TOP 3.1, 3.2 und 3.3 einstimmig zu.

Herr Stolzenberg bitte den TOP 5.3.2 erst einmal zu vertagen, da die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hier noch Beratungsbedarf habe.

Der Bauausschuss beschließt die Tagesordnung mit den beantragten Änderungen bzw. Ergänzungen unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit der Vorlagen und Berichte sowie die nicht öffentliche Behandlung der hierfür vorgesehenen TOP - wie vorab besprochen einstimmig.

TOP 1.3 Niederschriften, öffentlich vom 07.07.2014

Der Bauausschuss beschließt die Niederschrift des öffentlichen Teils vom 07.07.2014 einstimmig.

TOP 2 Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren

TOP 3 Sonstige Beschlussvorlagen

TOP 3.1 Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013 Vorlage: VO/2014/01795

Herr Lötsch schlägt vor diesen TOP mit den TOP 3.2 und 3.3 zusammen zu beraten (Inhalt siehe TOP 3.3).

Der Bauausschuss vertagt die Vorlage einstimmig auf den 15.09.2014.

TOP 3.2 Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2012 Vorlage: VO/2014/01796

Herr Lötsch schlägt vor diesen TOP mit den TOP 3.1 und 3.3 zusammen zu beraten (Inhalt siehe TOP 3.3).

Der Bauausschuss vertagt die Vorlage einstimmig auf den 15.09.2014.

TOP 3.3 Zukunftsorientierte Stadtentwicklung: "Lübeck 2030" Vorlage: VO/2014/01797

Herr Lötsch schlägt vor diesen TOP mit den TOP 3.1 und 3.2 zusammen zu beraten.

Frau Metzner möchte wissen warum bei dem Wohnungsmarktkonzept in der Kategorie 1 bis 4, bei denen Wohnbauflächen ausgewiesen werden im Hinblick auf das Gründungsquartier nur 6 Wohneinheiten (WE) und in der Falkenstraße sogar 0 WE ausgewiesen werden, obwohl es sich hierbei insgesamt um 572 WE handele.

Herr Stolte erörtert, dass in der Bilanz nur dort WE aufgezählt wurden, wo gemäß des Wohnungsmarktkonzeptes auch einen Bedarf gäbe und dass es sich hierbei um Einfamilienhaus-Segmente handele und nicht um zusätzlichen Geschosswohnungsbau.

Herr Lötsch spricht das Gebiet bei der ehemaligen Johannes Kepler Schule an, in dem 62 WE entstehen sollen und dort aber nicht nur Einfamilienhäuser errichtet werden sollen.

Herr Stolte bestätigt, dass die genannten ca. 62 WE im Einfamilienhaussegment in der Tat nur auf dem südlichen Teilbereich umgesetzt werden sollen.

Herr Lötsch möchte wissen, ob Einfamilienhäusern, Reihenhäusern und Stadthäusern unterschiedlich betrachtet würden.

Herr Stolte merkt an, dass es für alle drei erwähnten Bauformen Nachfragen gäbe, aber alles im Konzept unter Einfamilienhaus zusammengefasst wäre.

Frau Metzner möchte wissen, ob der Bedarf bei Mehrfamilienhäusern abgedeckt sei.

Herr Stolte bestätigt, dass es in diesem Segment nur einen Bedarf nach Ersatzneubauten gäbe und erwähnt, dass es keine zusätzlichen WE im Geschosswohnungsbau gäbe.

Herr Freitag spricht den erhöhten Bedarf an Mehrfamilienhäusern an und hinterfragt in diesem Zusammenhang das geringe Angebot. Dazu möchte er wissen, wieso es diese Begrenzung im Konzept gäbe und man sich eventuell Chancen verbaue. Weiterhin möchte Herr Freitag bezüglich des in der Kategorie 1 erwähnten Volksfestplatzes wissen, warum dieser dort erwähnt werde, obwohl hierfür noch keine Entscheidung gefallen sei.

Herr Stolte erläutert, dass der Bedarf nach Einfamilienhäusern da sei und spricht die für dieses Konzept gemachten intensiven Untersuchungen an, bei denen die Flächen immer im Vergleich zu anderen Flächen gesehen werden müssen. Es bestehe die Nachfrage von ca. 850 WE. Herr Stolte führt weiter aus, dass es eine Reserve von 400 WE gäbe und dementsprechend 450 WE neu zu schaffen seien. Der hier aufgeführte Bedarf ist bis zum Jahr 2030 gedacht, so dass eventuell einige Flächen, die jetzt noch nicht zur Verfügung stehen noch entwickelt werden könnten.

Herr Lötsch möchte wissen, warum der Volksfestplatz, für den es noch keinen Beschluss zur Auflösung gäbe in der Kategorie 1 und nicht in 2 eingeordnet sei.

Herr Stolte erklärt, dass dieser Platz einer von vielen Flächen sei, die geprüft wurden, ob sie geeignet seien und die Verfügbarkeit ein Prüfaspekt von vielen sei.

Herr Pluschke möchte wissen, ob es sich auch um Ersatzneubauten handele, wenn die

Fläche nach Abriss über längere Zeit brach läge.

Herr Stolte erläutert, dass es auch Ersatzneubauten seien, wenn diese ursprünglich vor mehreren Jahren zurückgebaut wurden.

Frau Friedrichsen spricht die im Wohnungsmarktkonzept angesprochenen Singlehaushalte an, die einerseits auf Seite 48 mit 50% angegeben sind, aber im gleichen Konzept auf Seite 52 nur noch bei 25% liegen.

Herr Stolte teilt mit, dass auf der Seite 48 die korrekten Bestandszahlen wiedergegeben seien (50%). Die Zahlen auf der Seite 52 beziehen sich auf den Rücklauf der Haushaltsbefragung. Demnach stammen nur 25% der zurückgesandten ausgefüllten Fragebögen von Ein-Personen-Haushalten.

Frau Bade moniert, dass das barrierefreie Wohnen in diesem Konzept überhaupt keinerlei Erwähnung gefunden habe, sondern nur von anderen Aspekten die Rede sei. Es müsse öffentlich gemacht werden, dass hierfür ein zunehmender Bedarf bestehe, der auch für ältere Leute gelte. In ihrem Büro würden nur barrierefreie Wohnungen nachgefragt erläutert Frau Bade weiter. Sie möchte wissen, von wie viel Prozent barrierefreiem Wohnen in dem Konzept ausgegangen werde.

Herr Stolte verweist auf die 8 Handlungsfelder, in denen auch das altersgerechte Wohnen zu Grunde gelegt wurde, welches dem barrierefreien ähnlich sei. Konkrete Zahlen hierfür würden in dem Konzept zu weit führen.

Frau Bade führt aus, dass sie seit Jahren dafür plädiere den Behindertenrat in diese Planungen mit einzubeziehen.

Herr Dr. Brock spricht das letzte größte Wohnbaulandprojekt der Hansestadt Lübeck an, den Hochschulstadtteil und erwähnt in diesem Zusammenhang, dass hier viele Flächen, die für Einfamilienhäuser vorgesehen waren für Geschossbauten umgewandelt wurden und man wenig in der Hansestadt Lübeck über Leerstände höre. Er möchte wissen, wie die Belegung des Ersatzbedarfs von 4400 Einheiten umgesetzt werden solle. Das Ergebnis des Konzepts ist für Herrn Dr. Brock nicht nachvollziehbar und es müssten weitere Motive berücksichtigt werden.

Herr Stolte erläutert die Prognosemethodik, die der Bedarfsmittlung zugrunde liegt. Der Zuzug von außen werde in dem Konzept als eigenes Handlungsfeld behandelt.

Herr Stolzenberg findet die genannten Zahlen als sehr zurückhaltend und sieht die momentane Entwicklung bereits anders, als in dem Konzept prognostiziert. Seiner Meinung nach sei das Papier zu fachlich dominiert und es fehle die breite Öffentlichkeitsbeteiligung um z.B. weitere Felder zu bewerten bzw. zu untersuchen.

Herr Stolte erwähnt, dass das Wohnungsmarktkonzept mit einer optimistischen Variante gerechnet wurde und dass es sich hierbei in der Tat um ein Fachkonzept handle, das als Vorarbeit zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes diene. In dem Konzept beschränkte man sich auf die Untersuchung von 43 Flächen. Sollten nachfolgend weitere Flächen diskutiert werden, ist die Erfordernis einer Fortschreibung des Konzeptes zu prüfen.

Herr Lötsch möchte wissen, ob es eine Tabelle gäbe, aus der die Anzahl der WE für Einfamilienhäuser, Reihenhäuser und Stadthäuser hervorgehe.

Herr Stolte sagt dies zur nächsten Sitzung zu, und erwähnt noch einmal, dass es hierbei in dem Konzept keine Unterschiede gäbe.

Herr Lötsch merkt an, dass diese Informationen als Grundlage für die Beschlüsse notwendig seien und möchte weiterhin wissen, warum die Erweiterung Hagenkoppel als nicht integrierbarer Standort angesehen werde, aber die Medenbreite nicht.

Herr Stolte erläutert, dass auch die Medenbreite als nicht integrierbarer Standort gelte.

Herr Stüttgen möchte wissen, ob im Wohnungsmarktkonzept die Einkommensentwicklung berücksichtigt wurde.

Herr Stolte sagt eine Prüfung zur nächsten Sitzung zu.

Herr Lötsch spricht die Differenz der aufgeführten Reserven an, die gemäß des Konzepts bei 426 liegen und bei einer Prüfung durch einen Investor lediglich bei 149.

Herr Stolte weist darauf hin, dass die Erfassung teilweise schon 2 Jahre alt sei.

Herr Lötsch möchte, dass zur nächsten Sitzung geklärt würde, ob aus den neuen Zahlen ein erhöhter Bedarf ableitbar sei. Weiterhin bittet er im Namen des Bauausschusses um das bisher nicht zur Verfügung gestellte Bewertungsschema.

Herr Lötsch lässt über den eingangs gestellten Vertagungsantrag abstimmen.

Der Bauausschuss vertagt die Vorlage einstimmig auf den 15.09.2014.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Enthaltungen:

**TOP 3.4 Parallelbeauftragung von vier Architekturbüros für die Gestaltung und Einbindung eines Parkhauses im Rahmen der Neuordnung des Burgfeldes
Vorlage: VO/2014/01613**

Der Bauausschuss vertagt die Vorlage einstimmig auf den 15.09.2014.

**TOP 3.5 Neubau Feuerwache 3 – Aufhebung eines haushaltsrechtlichen Sperrvermerkes
Vorlage: VO/2014/01785**

Herr Becker von Büro bbn aus Kiel stellt den Planungsstand der Feuerwache 3 anhand einer Präsentation vor.

Frau Friedrichsen möchte anschließend wissen, ob die verschiedenen Standorte für die Lüftung, Reinigung und Desinfektion der Bekleidung so gewollt seien.

Herr Petersen von der Feuerwehr erläutert, dass alle möglichen Wege bei den Verfahrensabläufen durchgegangen und optimiert worden seien.

Herr Stolzenberg möchte wissen, wie die kontaminierte Wäsche momentan zu dem vorgesehen Standort komme, was von Herrn Petersen erläutert wird.

Herr Howe möchte die Anzahl der Einsatzkräfte in der Feuerwache 3 wissen und fragt nach, warum es an diesem Standort keinen Schlauchturm gäbe.

Herr Petersen erläutert, dass die Schläuche in der Feuerwache 1 gereinigt werden und gibt das Gesamtpersonal mit 125 Personen plus Reserve an.

Frau Friedrichsen möchte wissen, wie sich auf der Seite 2 der Vorlage die reduzierten Kosten zusammensetzen und in welcher Form die Eigenleistung der Feuerwehr betrieben werde.

Herr Bunk erläutert, dass die reduzierten Kosten durch die Eigenleistung ca. 65.000 Euro betragen und dass die restlichen reduzierten Aspekte im Rahmen von Sparrunden gestrichen wurden.

Frau Bade möchte wissen, ob im Verwaltungsbereich auch Personen mit Behinderungen eingestellt werden im Bezug auf die Nutzung der WC-Anlage im Obergeschoss.

Herr Bäch von der Feuerwehr erläutert, dass die Feuerwehrbeamten ausschließlich keine Behinderung haben dürfen.

Herr Lötsch lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt die Vorlage einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

TOP 4 Mitteilungen und Berichte

TOP 4.1 Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Lötsch weist darauf hin, dass Herr Senator Boden heute krankheitsbedingt ausfalle. Anschließend spricht er die in Zusammenarbeit mit der Verwaltung erarbeiteten sogenannten folgenden Vorschläge als „Spielregeln“ für den Bauausschuss an:

- Die Antworten sollten kurz, knapp und präzise sein (Verwaltung und Politik).
- Die Bereichsleitung bzw. die Mitarbeiter, die erst zu den Vergaben anwesend sein müssten, brauchen auch erst dann zu erscheinen und könnten dann ggf. aufgelaufene Fragen beantworten.
- Die Anfragen sollten nur in schriftlicher Form eingereicht werden.
- Die B-Pläne werden ab sofort an die baupolitischen Sprecher versandt und nicht mehr an die Fraktionen.

Herr Goldschmidt erwidert, dass die B-Pläne weiterhin an die FDP-Fraktion versandt werden sollen, da er ausschließlich mit den digitalen Dateien arbeite.

Her Dr. Brock möchte wissen, warum nur schriftlich Anfragen getätigt werden sollen.

Herr Lötsch verweist darauf, dass diese im Protokoll erscheinen werden.

Herr Howe erwähnt, dass er Anfragen nicht schriftlich einreichen werde, da dies ein zu hoher Zeitaufwand für ihn als Ehrenamtlicher wäre.

Herr Freitag merkt an, dass er mit Herrn Howes Meinung übereinstimme, er aber dem zustimmen werde, wenn eine Beantwortung zur nächsten Bauausschusssitzung zugesagt werde.

Herr Goldschmidt sieht es aus seiner Sicht als machbar an, verweist aber darauf, dass jeder selbst entscheiden solle, in welcher Form die Anfrage zu stellen sei.

Herr Lötsch fasst als Ergebnis der Diskussion zusammen, dass die Anfragen grundsätzlich

weiterhin in jeglicher Form gestellt werden können, wobei diese möglichst in schriftlicher Form gestellt werden sollten.

Herr Quirder merkt an, dass er sehr oft schriftliche Anfragen stelle, aber leider nicht immer eine Beantwortung innerhalb der nächsten beiden Sitzungen habe.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2 Sonstige Mitteilungen und Berichte

TOP 4.2.1 Jahresbericht 2013 über die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2014/01748

Herr Stüttgen möchte wissen, was der in der Anlage 2 genannte „Ausgleich Querverbund“ bedeutet.

Herr Pluschkell erläutert, dass dies eine Sonderregelung der Stadtwerke sei. Wenn die Bürgerschaft beschließen den ÖPNV zu verbessern, müsse die Stadtwerke dies selber über Strompreis finanzieren / ausgleichen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2.2 Neuregelung Bewohnerparkbereiche Altstadt Vorlage: VO/2014/01514

Frau Friedrichsen spricht den fehlenden Maßstab bei den dargestellten Bereichen an und sieht die 3 neuen Zonen als zu groß an, um zumutbar fußläufig vom parkenden Auto zur Wohnung zu gelangen. Weiterhin sieht sie das, aus der neuen Zuschneidung entstehende Suchverhalten nach einem freien Parkplatz, als kontraproduktiv an. Auch die durch die Projektanpassung eventuell entstehenden Kosten sieht sie als kritisch.

Herr Schünemann erwidert, dass er bezüglich entstehender Kosten zur Software ad hoc keine verbindliche Aussage treffen kann, da diese Thematik im Bereich Stadtgrün und Verkehr liege und verweist auf die nächste Sitzung.

Herr Stolzenberg sieht die Umgestaltung als kritisch an und hinterfragt eine Beteiligung der betroffenen Bewohner.

Herr Schünemann erläutert, dass eine Beteiligung der Bewohner nicht vorgesehen sei und die Verwaltung die Umgestaltung der Zonen u.a. aus Anregungen der Betroffenen über die Verkehrsüberwacher und die Ausgabestelle der Ausweise erhalten habe. Weiterhin wird darauf verwiesen, dass das Parken in der Kanalstraße schon realisiert sei – Parkplatz 4 für Bereich C.

Herr Freitag stimmt den Einwänden von Frau Friedrichsen zu und sieht den zunehmenden Suchverkehr als kritisch an. Weiterhin möchte er wissen, warum es überhaupt zu einer Änderung kommen solle und verweist auf eine eventuell kritische Parksituation auf der Wallhalbinsel. Auch der Wegfall der Parkplätze im Gründungsquartier müsse berücksichtigt

werden moniert Herr Freitag im Hinblick auf ein momentanes Verhältnis von 1:2.

Herr Schünemann weist auf das den Anwesenden bekannte Parkkonzept im Gründungsviertel (Bewohnerparken und Tiefgarage) hin. Auslöser für die Veränderung ist primär die Änderung der Verkehrsführung der Altstadt im Bereich Schmiedestraße und An der Obertrave (Kfz-Sperren). Bezüglich des Suchverkehrs erläutert Herr Schünemann das momentane Einbahnstraßensystem in einigen Quartieren oder die Sperrung der Schmiedestraße, die teilweise ein Erreichen der Zonen fast unmöglich machen. Auch das momentan noch notwendige tägliche Umparken in einigen Straße (Hüxstraße, Fleischhauerstraße, Dr. Julius-Leber-Straße – hier Zone C) würde mit der neuen Zuschneidung beibehalten, aber dem gesamten neuen Bereich A zu Gute kommen.

Herr Lötsch sieht auf der Altstadtinsel keinen Parkplatzzuwachs mit der neuen Regelung und demzufolge auch keine Gesamtverbesserung für die Bewohner.

Herr Schünemann appelliert, die große Lösung zu betrachten und erwähnt, dass es noch nie eine 100%-ige Auslastung der Innenstadt und des Innenstadtrandes gegeben habe.

Frau Metzner hinterfragt die auf der Seite 3 genannte Umsetzung des Konzepts.

Herr Schünemann teilt mit, dass es hierfür keinen personellen Mehrbedarf geben werde und dass es auch realistisch sei, dies wie im Bericht dargestellt umzusetzen.

Herr Pluschkell spricht an, dass das momentane Verhältnis von 1:2 zu vielerlei Problemen führe und er auch schon darauf angesprochen wurde. Weiterhin möchte er wissen, wie mit missbräuchlichen Umgang mit dem Bewohnerparkausweisen umgegangen werde.

Herr Schünemann gab an, die Frage an die zuständigen Dienststellen weiterzugeben.

Herr Stüttgen teilt mit, dass es teilweise Dauerparker gebe, die auf den „guten“ Parkplätzen mehrere Wochen stehen würden und regt an, diese aus seiner Sicht missbräuchliche Nutzung zu unterbinden. Weiterhin möchte er wissen, wieso die Holstenstraße nicht als Trennlinie zwischen den neuen Zonen „A“ und „B“ gezogen wurde.

Herr Schünemann verweist noch einmal auf die Problematik mit der Sperrung der Schmiedestraße für den Durchgangsverkehr.

Herr Freitag spricht den seiner Meinung nach erheblichen Wegfall von Parkplätzen in der Zone „C“ an und möchte hierzu wissen wie viele Parkplätze es dort genau sind (Auflistung).

Gleichzeitig beantrag Herr Freitag die Vorlage zu vertagen.

Herr Dr. Brock möchte wissen wie viele Stellplätze für Besucher auf dem Parkplatz bei der MuK wegfallen. Gleichzeitig erläutert er, dass auch er bisher keine Beschwerden von den Bewohner gehört habe und wundert sich deshalb, warum die Umstrukturierung durchgeführt werden solle.

Herr Schünemann verweist auf das für diese Umgestaltung entscheidende Lenkungsmodell für die Altstadt und erklärt, dass wahrscheinlich mehr Einwände bezüglich des bestehenden Konzeptes direkt über die Verkehrsüberwacher an die Verwaltung herangetragen werden, als die Betroffenen die Politik hierzu ansprechen.

Herr Lötsch sieht die unterschiedlichen Sichtweisen der Verwaltung, die der Meinung sei, dass genügend Parkraum vorhanden sei und die der Politik, die der Meinung ist es fehle Parkraum. Die für die Besucher der Hansestadt Lübeck durch die neue Zuschneidung wegfallenden begehrten Parkplätze bei der MuK sieht er auch als besonders kritisch an.

Herr Quirder erläutert, dass er beim Vergleich beider in der Vorlage aufgeführten Tabellen zu dem Ergebnis kommt, dass die neue Zuschneidung zu mehr Gerechtigkeit führe und besser sei und auch dass der Suchverkehr abnehmen werde.

Herr Stüttgen teilt mit, dass er sich der Meinung von Herrn Quirder anschließe und der ruhende Verkehr in einer weiteren Vorlage berücksichtigt werden müsse.

Herr Howe teilt auch seine Zufriedenheit mit dem Bericht mit und stellt sogar nur eine Zone in Aussicht, mit dem Hinweis, dass Entfernungen vom parkenden Auto bis zur Wohnung von

bis zu 400m auf jeden Fall zumutbar seien.

Herr Schünemann teilt mit, dass das Bewohnerrecht in der Altstadt seit den 80er Jahren entstanden (Zone A und B alt) sei. Zwischenzeitlich haben sich die Rahmenbedingungen (StVO) geändert; z.B. dürfen heute größere Zonen eingerichtet werden, was jetzt erreicht werden kann und soll. In den Zonen A und B alt herrscht überwiegend die Wohnfunktion vor; deshalb gibt es hier die sogenannte Positivbeschilderung und keine Beschränkung fürs Dauerparken; andere Zonen wie z.B. C alt sind Überlagerungen Wohnen und Gewerbe vorhanden; deshalb ist hier die Negativbeschilderung (Liefers und Bewohnerparken zeitlich befristet frei) gewählt worden.

Herr Lötsch lässt über den Vertagungsantrag von Herrn Freitag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für eine Vertagung: 15 Stimmen

Der Bauausschuss vertagt die Vorlage einstimmig auf den 15.09.2014.

TOP 4.2.3 Information bezüglich des Gestaltungsbeirates (5.610)

Herr Schröder teilt mit, dass der Gestaltungsbeirat am Freitag den 12.09.2014, im öffentlichen Teil von 10:30 bis 12:00 Uhr tagte und folgende Tagesordnungspunkte vorgesehen seien:

- Wohnbebauung Kronsfordter Allee / Overbeckstraße
- Umbau Geschäftshaus Sandstraße / Wahmstraße
- Fischereihafen TVM

Herr Howe möchte wissen, was beim Fischereihafen vorgestellt werde.

Herr Schröder teilt mit, dass eine Überarbeitung erfolgt sei und jetzt ein Votum dafür eingeholt werden solle.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2.4 Bericht 5.651: (Teil-) Sperrungen Kita Kerckringstraße und Schule Falkenfeld

Herr Bunk erläutert die verschiedenen, nicht geplanten Baumaßnahmen (siehe auch Anlage):

- Kita Kerckringstraße / Bauschäden – Nur Teilbereiche betroffen
- Schule Falkenfeld / Asbestsanierung – 50% der Dachfläche betroffen
- Francke-Schule / Sperrung der Sporthalle – Nach Feuerwehrbegehung
- Berend-Schröder-Schule / Erneuerung Unterdecken – ohne Sperrungen
- Schule Niendorf – Das Verfahren läuft, wie durch die Bürgerschaft beschlossen

Die Gruppenräume der Kita Kerckringstraße mussten wegen Schimmelpilzen und Schädlingen im Dachbereich gesperrt werden. Die anderen Räume könnten weiterhin genutzt werden. Da lt. Bereich Kindertagesstätten jedoch der Betrieb der Kita ohne

Gruppenräume nicht möglich sei, wurden die Kinder auf andere Kitas verteilt.

Die asbesthaltige Dacheindeckung der Schule Falkenfeld wurde demontiert und entsorgt. Eine neue Eindeckung aus Welleternit wird aufgebracht. Eine Sperrung von Schulräumen war nicht erforderlich. Lediglich einzelne Hofflächenbereiche mussten vorübergehend gesperrt werden.

Die Schule Niendorf soll gemäß BÜ-Beschluss durch den Freundeskreis Niendorf e.V. als Generalübernehmer baulich erweitert werden. Verwaltungsseitig sind die notwendigen Voraussetzungen geschaffen. Ein Vertragsabschluß ist aus Sicht der Verwaltung möglich, sobald vom Freundeskreis die erforderlichen Planungsunterlagen vorliegen.

Herr Rosenbohm möchte bezüglich der in der Kita aufgetretenen Schäden wissen, ob die rotrückige Ameise vorher nicht bekannt war und auch andere Kommunen das gleiche Problem haben.

Herr Bunk erläutert, dass dieses Schadensbild bislang bei GMHL nicht bekannt sei. Bezüglich anderer Kommunen sei hier nichts bekannt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Enthaltungen:

TOP 4.2.5 Mündlicher Bericht 5.610: Gustav-Radbruch-Platz (i.V.m. TOP 3.4)

Der Bauausschuss vertagt den Bericht einstimmig auf den 15.09.2014.

TOP 4.2.6 Bericht 5.610: Parken in Travemünde

Der Bauausschuss vertagt den Bericht einstimmig auf den 15.09.2014.

TOP 4.2.7 Sachstand Hafenschuppen auf der nördlichen Wallhalbinsel.

Herr Löttsch teilt mit, dass mittlerweile bekannt sei, dass die Fördermöglich für das Projekt in diesem Jahr nicht mehr beantragt werden könne und nun für das kommende Jahr vorgesehen sei. Die Initiative möchte im November im Bauausschuss hierüber berichten führt Herr Löttsch weiter aus.

Bezüglich der Instandsetzung warte man auf das von der KWL in Auftrag gegebene Gutachten in eine der nächsten Sitzungen.

Herr Stolzenberg erwähnt, dass seiner Meinung eine Einhaltung der Frist (22.09.2014) möglich sei, verweist allerdings auf ein Gespräch mit der Verwaltung bezüglich der Planung über 5 Jahre (siehe TOP 4.2.8).

**TOP 4.2.8 Mündlicher Bericht (5.610):
Förderprogramm Nationale Projekte des Städtebaus / Umgestaltung
Untertrave**

Frau Koretzky erläutert das Förderprogramm Nationaler Projekte des Städtebaus, für welches man Projekte in jedem Jahr neu bewerben muss. Es stehen jährlich 50 Mio. Euro zur Verfügung. Gefördert werden herausragende Projekte des Städtebaus.

Im Jahr 2014 stellen Denkmalensembles von nationalem Rang wie z.B. UNESCO-Welterbestätten und bauliche Kulturgüter mit außergewöhnlichem Wert einschließlich Maßnahmen in deren Umfeld sowie energetische Erneuerungen und Grün in der Stadt die Förderpunkte dar.

Für die Auswahl der Projekte sind für das Ministerium u.a. folgende Kriterien ausschlaggebend:

- Nationale bzw. internationale Wahrnehmbarkeit und Wirkung
- Überdurchschnittliche Qualität hinsichtlich Bürgerbeteiligung, Städtebau und Baukultur
- Erhebliches und überdurchschnittliches Investitionsvolumen
- Machbarkeit und zügige Umsetzbarkeit
- Innovationspotential

Frau Koretzky erläutert anschließend die Umgestaltung „An der Untertrave“, welche in diesem Jahr eingereicht werden solle. Das Projekt „Umgestaltung Westlicher Altstadtstrand“ wird schon seit 2003, nach erfolgter Bürgerbeteiligung und städtebaulichen Wettbewerb von der Verwaltung verfolgt.

Die Umgestaltung des Teilabschnittes „An der Obertrave“ wurde 2007 abgeschlossen. Teilabschnitte vor der Holstentorpassage und dem Hansemuseum folgten 2014 und ein weiterer Teilabschnitt soll über Städtebauförderung Anfang 2015 beantragt werden. Aufgrund der jüngsten Entwicklung der Teilabschnitte wurde die Vorplanung für die gesamte Strasse „An der Untertrave“ beauftragt und kann nun glücklicherweise „aus der Schublade“ gezogen werden.

Herr Löttsch möchte wissen, ob die von der Hansestadt Lübeck zu übernehmenden Kosten in Höhe von rd. 1 Mio. Euro noch in den Haushalt eingestellt werden müssten.

Frau Koretzky erwähnt, dass dies Geld über 4 Jahre (Hinweis: bis einschließlich 2018) im Haushalt eingestellt werden müsse.

Herr Schünemann verteilt die Infobroschüre, in der das gesamte Projekt noch einmal dargestellt ist, aber momentan ausschließlich für die Bauausschussmitglieder gedacht sei.

Herr Pluschkell gibt zu Bedenken, dass 11 Mio. Euro für das gesamte Projekt viel Geld sei, wenn nur 50 Mio. Euro zur Verfügung stehen und möchte wissen, ob absehbar sei, wie groß die Erfolgchancen seien.

Frau Koretzky erwähnt, dass zum einen die Zeit eventuell für Lübeck sprechen könne, da im Süden noch Ferien seien und die Kommunen im Süden auch nicht den zur Förderung notwendigen finanziellen Notstand hätten und zum anderen können auch nur Teilabschnitte bewilligt werden.

Herr Freitag möchte wissen, ob das vorgestellte Konzept noch änderbar sei, wenn die Zusage der Förderung da sei, was Frau Koretzky bestätigt, da dies nur als Vorschlag einzustufen sei.

Frau Friedrichsen möchte wissen, ob die Verwaltung auch noch andere Projekte in der Schublade gehabt hätte.

Frau Koretzky bestätigt dies und verweist auf die folgenden Jahre, in denen diese dann ggf. auch beantragt werden könnten (Katharinenkirche, Buddenbrookhaus, Marienumfeld oder die Nördliche Wallhalbinsel).

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.3 Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen

Herr Schröder teilt mit, dass am 02.07.2014 für das Bauvorhaben Falkendamm eine Bürgerversammlung stattgefunden habe, bei der ca. 60 Personen anwesend waren.

Das Protokoll hierfür ist als Anlage beigefügt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Enthaltungen:

TOP 4.4 Eilentscheidungen des Bürgermeisters

TOP 5 Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes

TOP 5.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

5.1.1 Travequartier (Herr Pluschkell) (5.660) (TOP 5.2.3 am 16.06.2014)

Herr Pluschkell möchte wissen, wie die dortige Situation geordnet sei, da der Fußweg, bedingt durch die Außengastronomie, deutlich schmaler sei als vorher. Auch die Parksituation auf dem Parkstreifen möchte er erklärt haben und auch wissen, ob er hier Änderungsabsichten zwischen der Situation vorher und jetzt gäbe.

(TOP 5.2.11 am 07.07.2014)

Wie ist die neue Verkehrsbeschilderung an der Untertrave zwischen Holstenstraße und Braunstraße gemeint? Derzeit wird signalisiert:

Eingeschränktes Haltverbot,

- gilt nur auf dem Seitenstreifen
- gilt nicht für Bewohner mit Parkausweis
- gilt werktags, nachts von 19:00 – 09:00 Uhr

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort:

Die vorgebrachte Frage ist von den im Bereich 5.660 Stadtgrün und Verkehr zuständigen Dienststellen geprüft worden. Von dort ergehen die folgenden Informationen: Eingerichtet ist „An der Untertrave“ ein Zeichen 286 (eingeschränktes Halteverbot) mit folgenden Zusätzen:

„auf dem Seitenstreifen“

„Bewohner mit Parkausweis H frei“

„19-7h“ (hier war bei der Neuaufstellung am 20.06.14 versehentlich der Zusatz „werktags“ mit eingerichtet worden, welcher jedoch am 17.07.14 wieder entfernt wurde).

Die Beschilderung ist demzufolge so zu verstehen, dass auf dem Seitenstreifen zunächst ein eingeschränktes Halteverbot ohne weitere Einschränkungen gilt, d.h., dass hier jeder sein Fahrzeug jederzeit zum Be- und Entladen abstellen darf.

Zusätzlich gilt, dass in der Zeit von 19:00 bis 07:00 Uhr Bewohner ihr Fahrzeug zum Parken abstellen dürfen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**5.1.2 Meilenstein Berliner Platz (Frau Friedrichsen) (5.660)
(TOP 5.2.4 am 07.07.2014)**

Frau Friedrichsen spricht den Meilenstein auf dem Berliner Platz an, welcher mit Moos zugewachsen sei. Sie möchte wissen, ob es nicht möglich sei diesen von dem Moos zu befreien.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Abschließende Antwort:

Um die vorhandene Bepflanzung nicht zu beeinträchtigen, wird im Herbst eine Reinigung des Meilensteines durchgeführt. Eine Abstimmung mit dem Bereich 491 Archäologie und Denkmalpflege erfolgt zurzeit.

Weitere Anregung von Frau Friedrichsen (01.09.2014):

Die Anpflanzungen auf dem Berliner Platz sind sternförmig und der angesprochene Meilenstein ist auf der dort befindlichen Rasenfläche positioniert. Es wäre wünschenswert zum Fest des Mauerfalls diesen Stein zu reinigen.

Abschließende Antwort:

Es wird eine Weitergabe dieser Anregung an den zuständigen Bereich zugesagt, mit der Bitte um Durchführung der angeregten Reinigung.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**5.1.3 Fußweg Herrnburger Weg (Frau Kaske) (5.660)
(TOP 5.2.6 am 07.07.2014)**

Frau Kaske spricht den Fußweg Herrnburger Weg an, neben dem viele Lärchen wachsenden und deren Wurzelwerk den Fußweg aufreißen lässt. Da in diesem

Bereich viele ältere und bewegungseingeschränkte Menschen wohnen wäre es notwendig etwas zu unternehmen.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Abschließende Antwort:

Der Fußweg ist baulich in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Zur Reduzierung und Vermeidung weiterer Wurzelaufbrüche wurden bereits Stellen entsiegelt und wassergebundene Materialien eingebaut. Akute Gefahrenstellen liegen jedoch nicht vor. Zur Verbesserung der Situation müsste ein vollständiger Neubau des Gehweges erfolgen.

Haushaltsmittel stehen für diese Maßnahme nicht zur Verfügung und müssten politisch mit dem Investitionsprogramm der kommenden Jahre beschlossen werden. Eine bauliche Umsetzung kann demzufolge frühestens nach der Genehmigung und Freigabe des Haushaltes im Jahr 2016 erfolgen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**5.1.4 Poller Torstraße (Herr Thalau) (5.660)
(TOP 5.2.8 am 07.07.2014)**

Herr Thalau spricht die roten Poller in der Torstraße an, die sich noch auf einer Straßenseite befinden an und möchte wissen, ob der Betreiber der dortigen Lokalität (Hotel) dort zur Verschönerung Pflanzkübel aufstellen und betreiben dürfe.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Abschließende Antwort:

Die vorhandenen Poller sind angeordnet worden, um ein Parken auf der Fläche zu verhindern. Ein Ersatz dieser Poller durch das Aufstellen von Pflanzkübel ist prinzipiell möglich und auch wünschenswert, wenn der Aufwand für die Aufstellung, Bepflanzung und Pflege der Blumenkübel durch Dritte übernommen werden. Hierzu würde mit dem Betreiber ein sogenannter Patenschaftsvertrag geschlossen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**5.1.5 Zebrastreifen „Niendorfer Straße“ (Herr Pluschkell) (5.660)
(TOP 5.2.12 am 07.07.2014)**

Der Zebrastreifen im Zuge der Niendorfer Straße bei der Querungshilfe Oberbüssauer Weg ist sehr schlecht erkennbar.

Sind aus Sicht der Verwaltung die Fußgängerüberwege Niendorfer Straße (Einmündung Oberbüssauer Weg) und die Querungshilfe Oberbüssauer Weg noch verkehrssicher gekennzeichnet?

Wann ist eine neue Markierung vorgesehen?

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Abschließende Antwort:

Zunächst ist festzuhalten, dass es an der Einmündung Oberbüssauer Weg / Niendorfer Straße keinen Fußgängerüberweg gibt. Gemeint ist vermutlich die Einmündung Oberbüssauer Weg / Sterntalerweg oder Oberbüssauer Weg / Moislinger Mühlenweg.

In beiden Fällen wurde die Fahrbahnmarkierung der Fußgängerüberwege am 10.04.2014 bzw. 25.04.2014 erneuert, so dass diese Meldung nicht nachvollzogen werden kann. Dies wurde am 11.07.2014 noch einmal vom zuständigen Sachgebietsleiter persönlich überprüft. Mängel in der Markierung konnten nicht festgestellt werden.

Ein weiterer Handlungsbedarf wird vom Bereich 5.660 Stadtgrün und Verkehr daher nicht gesehen.

In diesem Zusammenhang wird darum gebeten, eventuell festgestellte Mängel direkt an den Bereich über die bekannten Telefonnummern und Mailadressen oder zu richten (oder über den Internet-Auftritt unter:

http://stadtentwicklung.luebeck.de/stadtgruen_verkehr/index.html bzw. http://stadtentwicklung.luebeck.de/stadtgruen_verkehr/helfensieuns/index.html), um eine umständliche und zeitaufwändige Beantwortung durch den Bauausschuss zu vermeiden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.1.6 Kahlhorstschule Pavillon (Herr Howe) (5.651) (TOP 5.2.7 am 07.07.2014)

Herr Howe hat gehört, dass der Pavillon in der Kahlhorstschule mit Asbest belastet sein solle. Nach den Sommerferien soll dort die Kita „Kinderwege“ einziehen. Ist es möglich den Pavillon auf Asbest zu überprüfen?

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Abschließende Antwort:

Die Aussage, dass eine Asbestbelastung im Pavillon bestehen würde, kann seitens des GMHL nicht bestätigt, aber auch nicht widerlegt werden. Es sind keine diesbezüglichen Untersuchungen veranlasst worden, da der Pavillon ganzheitlich vom Gebäudemanagement als abgängig (Dach / Fassade) eingestuft und dementsprechend gesperrt wurde.

Vorhandene moderige und muffige Geruchsbelästigungen lassen auf Stoffwechselprodukte von Schimmelpilzen, wie z.B. MVOC schließen.

Aus ganzheitlichen Gesichtspunkten ist es aus Sicht des GMHL wirtschaftlich nicht zu vertreten, hierzu kostenintensive Untersuchungen und Gebäudeanalysen durch externe Fachingenieure durchführen zu lassen.

Seit 2011 empfiehlt das GMHL den Abbruch des Pavillons, welcher aber bis heute aus Kostengründen nicht durchgeführt wurde.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.1.7 Sachstand Sternwarte (Frau Kaske) (5.610) (TOP 5.2.5 am 07.04.2014)

Frau Kaske möchte über den neusten Sachstand bezüglich des Standortes der Sternwarte informiert werden.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Abschließende Antwort:

Nach weiteren Untersuchungen zur Standortfindung für die Sternwarte war noch der Wasserturm der UKSH angedacht. Nun kam die Auskunft von der Denkmalschutzbehörde, dass das Gebäude seit 1986 als Kulturdenkmal von besonderer Bedeutung in das Denkmalbuch der Hansestadt Lübeck eingetragen ist und damit unter Denkmalschutz steht.

Ein derartiger Umbau des Gebäudes (Ersatz des Zeltdaches durch eine Sternwarten-Kuppel) kann nicht genehmigt werden, da dadurch die Gebäudeform und der Charakter des Turmes (künstlerische Aussage, städtebauliche Wirkung innerhalb der Anlage des Krankenhauskomplexes und in die Umgebung hinein) zu stark verändert würde.

Die neue Planung des Johannes Kepler Areals sieht nun einen separaten Standort für die Sternwarte auf dem Schulgrundstück vor.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Nutzung von Freiflächen als Kaffee (Frau Bade) (5.660 – 5.610)

In der Mühlenstraße, der FGZ, der ober- und Untertrave, sowie in der Vorderreihe in Travemünde werden Räume für einen sommerlichen Kaffeebetrieb bereitgehalten. Hier kämpfen wir um Einhaltung der Fußgängerwege.

In der Königstraße 15 wurde das „Marlistro“ eingerichtet. Auch hier war ein Außen-Kaffee-Betrieb auf der Königstraße eingeplant. Als nun nach der Eröffnung Tische und Stühle aufgestellt wurden, erschienen Politessen mit Bußgeldforderungen.

Als Gast habe ich das Marlistro schon einige Male besucht. Dabei habe ich gesehen, dass der Bürgersteig so breit ist, dass vom Platz her durchaus eine Möglichkeit des Außenbetriebes besteht, ohne die Fußgänger oder auch Rollstuhlfahrer einzuengen.

Es wäre günstig, wenn parallel zur Vergabe der Erlaubnis sogenannte „Begrenzungsnägel“ wie in der Vorderreihe in Travemünde gesetzt werden würden.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.2 Bewohner-Parkzone „An der Stadtfreiheit“ und „Bergedorfer Straße“ (Herr Pluschkell) (5.610)

Herr Pluschkell erinnert an seine Anfrage vom 07.04.2014 hinsichtlich eines Anwohnerparkrechts für die Straßen „An der Stadtfreiheit“ und „Bergedorfer Straße“ und bittet um Beantwortung in der Sitzung des Bauausschusses am 15.09.2014.“

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.3 Wenden auf der Fackenburger Allee (Herr Pluschkell) (5.610 - 5.660)

Immer wieder fahren Kfz in der Fackenburger Allee stadteinwärts nach Passieren der Fußgängerampel vor der Einmündung Schwartauer Allee in einer 180-Grad-Wende auf die Gegenfahrbahn der Fackenburger Allee (stadtauswärts). Dabei müssen sie erneut den Fußgängerüberweg passieren, dessen LSA dann aber grün für die Fußgänger zeigen, während es für den Kfz-Verkehr kein Ampelsignal gibt. Dadurch kommt es immer wieder zu Verkehrsgefährdungen. Aus diesem Grund frage ich, ob diese Situation der Verwaltung bekannt ist, wie sie diese Situation einschätzt und welche Maßnahmen zur Verkehrssicherung sie ggf. beabsichtigt.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.4 Kulturelle Identität der HL (Frau Friedrichsen) (5.651)

Als Erinnerung:

Am 02.09.2004 brannte durch einen Blitzeinschlag die gesamte Weimarer Bibliothek ab. Diesbezüglich könnte die kulturelle Identität der Hansestadt Lübeck verloren gehen, wenn die Exponate nicht adäquat untergebracht werden, bzw. die klimatischen Bedingungen nicht stimmen.

Frau Friedrichsen möchte wissen, ob mittlerweile Ideen entwickelt wurden bzw. Ansätze aus der Verwaltung da sind um diesen Verlust entgegen zu wirken.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.5 Liebesschlösser auf der Obertravenbrücke (Herr Rosenbohm) (5.660)

Herr Rosenbohm hat gehört, dass es keine Erweiterung auf der Brücke geben soll, um weitere Schlösser dort aufzuhängen. In diesem Zusammenhang verweist er auf das schon einmal da gewesene Szenario, als die Schlösser seitens der Stadt entfernt wurden.

Herr Rosenbohm möchte wissen, ob dies eine Endgültige Lösung / Aussage sei oder ob auch schon über alternative Standorte auf anderen Brücken nachgedacht wurde.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.6 Neues Gebäude auf dem Moltkeplatz (Herr Dr. Brock) (5.610)

Herr Dr. Brock weist auf das neu auf dem Moltkeplatz aufgestellte, grüne, seiner Meinung nach hässliche Gebäude hin, welches jetzt durch Vandalismus rosa übergestrichen wurde. Er möchte wissen, ob dies mit der geltenden Erhaltungssatzung in Einklang zu bringen sei. Weiterhin möchte er wissen, ob es hierfür eine Baugenehmigung gäbe und wie städtebaulich damit umgegangen werde. Auch der Umgang mit solchem Vandalismus wird hinterfragt.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.7 Zeughaus (Herr Freitag) (5.651)

Herr Freitag möchte bezüglich der Sanierung des Zeughauses wissen, ob es aktuell zu einem Baustillstand gekommen sei und in welcher Höhe eventuelle zusätzliche Kosten zu erwarten sind.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.8 Zeltplatz Ivendorf (Herr Howe) (5.610)

Herr Howe möchte wissen, ob es geplant sei den Zeltplatz Ivendorf zu erweitern, da dort seit kurzem Findlinge platziert wurden und ob es einen formellen Antrag auf eine Erweiterung gäbe.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.9 Travemünde „Kleiner Belt“ (Herr Howe) (5.610 – 5.631)

Herr Howe berichtet, dass es in Travemünde im Straßenzug „Kleiner Belt“ eine Festlegung im B-Plan gegeben habe, wie die Gebäude auszusehen haben. Jetzt wurde dort ein Bauantrag gestellt, der auch genehmigt wurde für ein Gebäude, das nicht dem damaligen B-Plan entspräche. Auf den Widerspruch der Anwohner gab es eine Ablehnung dieses inklusive einer Rechnung hierfür über 250 Euro und einer nachträglichen Ausnahmegenehmigung.

Herr Howe möchte wissen, ob seitens der Verwaltung immer so verfahren werde, dass es nachträgliche Ausnahmegenehmigungen gäbe.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 5.3 Anträge

TOP 5.3.1 Umbau der Clemensstraße in eine Fußgängerzone Vorlage: VO/2014/01690

Herr Stolzenberg führt aus, dass es sich bei diesem Antrag um die Aufwertung der Straße handele, was auch schon öffentlich diskutiert wurde. Eventuell gäbe es auch andere Möglichkeiten der Aufwertung.

Herr Lötsch schlägt eine eventuelle Änderung / Erweiterung des Antrags vor, in dem es eine Regelung bezüglich der Stellplätze in der Straße gäbe. Des Weiteren ist das Haus Nr.7 sehr heruntergekommen, aber in Privatbesitz.

Frau Friedrichsen möchte wissen, wie breit die Straße wegen der parkenden Fahrzeuge sei und ob die Feuerwehr schon etwas dazu gesagt habe.

Herr Lötsch erwähnt, dass es wohl die bereits genannten Hauptprobleme mit den Stellplätzen und der Außengastronomie seien und es doch andere Möglichkeiten gäben müsse, als eine FGZ aus dem Straßenzug zu machen.

Herr Stolzenberg erwähnt, dass der Antrag geändert werden könne, indem die Verwaltung sinnvolle Maßnahmen prüfe.

Herr Stüttgen führt aus, dass es doch 2 Aspekte gäbe. Jetzt ist die Straße als Verkehrsberuhigter Bereich gewidmet, was das Parken nur auf gekennzeichneten Flächen zulasse. Man könne diese reduzieren oder aber die Straße als FGZ umwidmen. Die andere Möglichkeit wäre, den über der Kopfsteinfläche befindlichen Asphalt auszubessern.

Herr Lötsch schlägt vor, den Antrag bis nach den Herbstferien zu vertagen und in der Zeit der Verwaltung die Möglichkeit zu geben, zu untersuchen, welche Gestaltungen bezüglich der Stellplätze und der Außengastronomie es in der Straße gäbe.

Der Bauausschuss vertagt den Antrag einstimmig.

TOP 5.3.2 Essbare Stadt Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der Fraktion Die Partei-Piraten - Sitzung der Bürgerschaft vom 26. Juni 2014 (VO/2014/01455) Vorlage: VO/2014/01850

Der Bauausschuss vertagt den Antrag einstimmig.

Herr Lötsch beantragt – nach Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung - eine Unterbrechung (18:25 Uhr).

TOP 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Bauausschuss im nicht öffentlichen Teil Beschlüsse gefasst hat.

Lübeck, den 23. Oktober 2014

Vorsitz

Thomas Kaacksteen
Protokollführung